

Sind die beiden Momente, die uns in die gegenwärtige schwierige Lage gebracht haben. Vetterer hat den Staat zu einer großen Anspannung gemacht. Statt die Arbeitskraft des einzelnen anzupassen, wurde der Arbeitswille durch Gesetze gelähmt. Der Sozialismus mit seiner Abwärtstheorie hat dann geführt, daß heute niemand im Reiche mehr etwas besitzt. Die Politik nun allzu sehr eingestützt auf den Konsumtentendenzpunkt.

Sie haben zu viel verbraucht und zu wenig geschaffen.

Durch das endlose Ausschüttern und Erlassen von Verordnungen hat man die Wirtschaftskräfte weggebracht, so daß heute die Industrie nicht mehr so intensiv arbeiten kann, wie sie es sonst könnte. Die Bilanz vor ehrlich erworbene Beschäftigung wiederkehren. Es ist eine Ironie; man hat einen Weg aus dem Kapitalismus gefunden, aber man hat einen Weg, selbst nicht in monarchischen Zeiten, habe der Kapitalismus solche Macht gehabt wie heute.

wie die Verhandlungen und Verträge der reinlichen Trübsal mit dem Auslande beweisen? Nur wenn der Weltgeschick nicht, sich Kredite zu erlangen. Auch in die Steuererhebung und die Steuern wiederkehren. Der Staat darf sich nicht auf Paragrafen auf. Der Sozialismus ist in Deutschland zwar ein Faktor, mit dem gerechnet werden muß. Immerhin

wird die notwendigen Maßnahmen in der Politik künftig die Sozialdemokratie nicht aufstellen können, sondern nur eine rein bürgerliche Koalition. Wir müssen uns von der Sozialdemokratie trennen.

Die große Koalition hat Schicksal gelitten. Die Weimarer Verfassung trug in allen Fragen. Das Parlament hat sich selbst aufgelöst. Ein solches Parlament ist reich, durch ein neues ersetzt zu werden. Nur durch Zerfall der inneren Politik wird Deutschland eine gleichberechtigte Außenpolitik treiben können.

Es ist von der größten nationalen und politischen Bedeutung, daß dieser hervorragende völkspolitische Führer, auf dessen Urteil alleseitig und ganz besonders in Sachen hoher Wert gesetzt wird, sich mit solcher klaren Entschiedenheit für die Trennung von der Sozialdemokratie und für die Bildung einer rein bürgerlichen Koalition ausspricht, nachdem er selbst in früherer Zeit die Koalition mit der Sozialdemokratie vertreten hat. Die gesamten Verhältnisse gewinnen eben auf diesem Gebiete zum Umlernen, und wenn führende Staatsmänner und Politiker mit dem offenen Bekenntnis dazu vorangehen, so kann das nicht dankbar genug anerkannt werden, weil es wesentlich zu einer reinen Klärung der Lage beiträgt und der bürgerlichen Politik auf der ganzen Linie den richtigen Weg weist.

Die Kammerdebatte über den Frankensfurz.

Poincaré über die französische „Politik der Gerechtigkeit“.

Paris, 27. Jan. Am Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung leitete der Abg. Vincent Auriol seine Rede fort. Nach seiner Ansicht kann die Welt von Frankreich die Industrieförderung, die ihre Devisen nicht nach Frankreich einbringen wollten, durch die Verweigerung von Krediten bestrafen. Die Steuererhöhungen würden die Konsumenten treffen, besonders wenn die Erhöhung der Einkommensteuern hinaufträte, von der die Rede sei. Eine solche Politik könne nur das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht Frankreichs fördern. Der Redner macht dem Ministerpräsidenten den Vorwurf, in der Weimarer Konferenz einen Anzettel und Diplomaten beizugehen zu sein, der sich in die gegenwärtige Lage nicht hineinziehe. Die Weimarer Konferenz könne nur gelöst werden, der Frieden nur verwirklicht werden durch Zusammenwirken der Nationen.

Abg. Voris du Bois ruft daraufhin: Deutschland hat nicht gewillt! Auriol verlässt möglichst bald die Kammer. Darauf erwidert

Ministerpräsident Poincaré

Das Wort und führt aus: Die Regierung fürchtet den Urteilsspruch des Volkes nicht. Nach dem Vorentscheid kann man meinen, daß die Juristen und Diplomaten nichts von der Politik wie er sie auffaßt, verstanden. Juristen und Diplomaten wissen aus der Erfahrung, daß jeder Schritt der Gerechtigkeit und Recht zugrunde liegen muß. Die Politik hat die Regierung in Paris und von ihnen verlangt, daß sie ihr die Möglichkeit geben, sie fortzusetzen. (1) Wegen unzureichender Politik in eine heftige Diskussion hineingeworfen worden, welche von dem Redner aktivistisch mit Stillschweigen überlassen worden ist. Ich möchte mehr die politischen als die finanziellen Angriffe auf die französische Politik in das rechte Licht setzen. Der Ministerpräsident vertritt die auf ausländische Politik die in deutschen namentlich in Münchener Blättern erschienen seien. In diesen wurde die

Konsumverzögerung und der Verkauf von französischen Produkten

empfohlen. Anschließend daran gibt er Kenntnis von französischen Konsumverhältnissen aus Deutschland über die französischen Propaganda. Dies ist namentlich ein Verstoß des französischen Konsulats in Nürnberg eine Rolle.

Die Sozialisten unter Blum verlangen genaue Angaben über diese Verhältnisse.

Es kommt zu heftigen Zwischenreden.

Poincaré und Blum geraten in einen Wortwechsel, der eine hart persönliche Färbung annimmt. Poincaré stellt fest, daß seine Absicht gewesen sei, den Sozialisten eine untreuhafte Unterstützung der ausländischen Gegner Frankreichs zum Vorwurf zu machen. Es gelingt ihm aber damit nicht. Die Kammer zu beruhigen. Die Auseinandersetzungen führen schließlich zu einem Zusammenstoß zwischen dem Ministerpräsidenten und dem sozialistischen Abgeordneten Brauer. Nachdem schließlich die Ruhe wiederhergestellt ist, fährt Poincaré in seiner Rede fort. Er verliest Stellungnahmen und Berichte, in denen der gute Eindruck unterdrückt wird, den die dieke Antikriegspropaganda der französischen Saulekämpfer gemacht habe. Der Wechselschritt werde von drei Faktoren bestimmt: dem psychologischen, dem wirtschaftlichen und dem finanziellen. Den ersten hätte im vorliegenden Falle das Mandat der Mandate bestimmt, dem wirtschaftlichen und dem finanziellen. Den ersten hätte im vorliegenden Falle das Mandat der Mandate bestimmt, dem wirtschaftlichen und dem finanziellen. Den ersten hätte im vorliegenden Falle das Mandat der Mandate bestimmt, dem wirtschaftlichen und dem finanziellen.

Widerstände gegen die neunstündige Dienstzeit unter den Eisenbahnarbeitern.

Eine amtliche Warnung vor Streik.

Berlin, 27. Jan. Zur Neuregelung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn hören wir von unrichtiger Seite:

Die bittere wirtschaftliche Notlage hat die Reichsregierung gezwungen, außer dem großen Personalabbau auch eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit der Beamten auf neun Stunden anzuordnen. Nach dem Beamtenrecht können die Beamten hierfür eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge nicht beantragen. Dieser Umstand hat bei den Reichsbahn die Folge, daß die vielschichtigen den Beamten tätigen Arbeiter vor der Frage stehen ob sie da, wo auch ihre Arbeitszeit verlängert werden muß, sich mit dem für die neun Stunden ihnen angebotenen halben Stundenlohn (die würden für neun Stunden Arbeit einhalb Stundenlohn bezahlen) begnügen wollen oder nicht.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dem der größte Teil der Eisenbahnarbeiter angehört, glaubt, die teilweise Streckung der Arbeitszeit, ohne die eine wirtschaftliche Betriebsführung nicht möglich ist, abzuwehren zu sollen und nimmt gegenwärtig unter seinen Mitgliedern eine Abstimmung vor, ob in einem Abwehrkampf geirrt werden soll. Man möchte dringend hoffen, daß bei dieser Abstimmung keine klare Hebung der Oberhand besteht. Die Stellung des Verkehrsministers gegenüber einem solchen Streik kann nicht zweifelhaft sein. Gegenwärtig Gruppen der Eisenbahner würden die Eisenbahnen für sich haben, denn sie würden die Anfänge der Wende in unserer Wirtschaft im Reine erhalten und die gefährliche Währungs- in Lebensgefahr bringen. Jede Er-

Die französische Wirtschaft blüht und gedeiht auf allen Gebieten.

Frankreich, dem man den Vorwurf mache, zuviel für seine Armee ausgegeben zu haben, habe als erstes Land das Beispiel der Ausgabebeschränkung gegeben, und zwar gerade auf diesem Gebiete. Poincaré geht dann zu der Betrachtung des Wiederaufbaus über. Die Maßnahmen, welche die Regierung heute vorschlägt, um das Wiederaufbau mit dem Gleichgewicht zu bringen, bedeuteten in seiner Weise einen Schritt auf Frankreichs Rechte.

Der Behag der Pländer, die erst angedacht werden sollen, wenn Frankreich bezahlt ist, bedeuten eine solche Garantie.

Poincaré beendet seine Ausführungen mit einem von großem Optimismus getragenen Heberblick über die außenpolitische Lage. Sicher, so erklärt er, wolle Frankreich nicht, daß eine Allianz zur Herrschaft werde; es werde nur auf gleichem Fuße mit sämtlichen Alliierten verhandelt; unter dieser Voraussetzung aber treibe niemand zu sehr wie er die Politik des loyalen Zusammenwirkens mit den Alliierten an. Eben erst habe er ihnen und der ganzen Welt einen Beweis guten Willens gegeben dadurch, daß er sich die Einlegung der beiden Sachverständigenausschüsse veranlaßt; gestern erst habe er einen

Bündnisvertrag mit der Tschecho-Slowakei

unterzeichnet. Dieser habe seinen anderen Zweck, als die Aufrechterhaltung des Friedens und des status quo in Europa zu sichern und die alte Freundschaft zu pflegen, die die beiden Länder eine, dem Frankreich vergesse nicht, daß 1871 Böhmen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestiert habe. Frankreich, das durch andere Verträge mit Belgien und Polen verbunden sei, wolle keine Forderung der Bande, die es mit seinen Alliierten verfaßt. Poincaré schließt mit der an die Mehrheit gerichteten Aufforderung, sich in Kampfbereitschaft um die Regelung zu scharen, um den Ausbruch gegen den Franken zurückzuweisen und die nationale Devlie zu retten.

Die Kammer verlangt Schluß der Debatte. Der Abgeordnete Herrig (radikal) erregt das Wort, um gegen den Schluß zu sprechen. Er sagt, der Frankensfurz sei beeinflusst durch ein Zusammenreffen moralischer, physischer, politischer und wirtschaftlicher Momente. Die Regierung müsse nachsehen, ob die Spekulation nicht schädliche in Frankreich habe, und ob besonders in Frankfurt am Main gegen den französischen Franken gearbeitet worden sei.

Nach der Rede Perris bezieht die Kammer durch Handaufheben den Abschluß der Generaldebatte und die Aufnahme der Debatte über die einzelnen Artikel in der nächsten Sitzung, die am Montag vormittag stattfinden soll. (B.T.B.)

Die Aufnahme der Rede Poincarés in Paris.

Paris, 27. Jan. Der gestern Rede Poincarés, durch die es möglich geworden ist, etwa 30 für die Generaldebatte gemeldeten Rednern das Wort abzusprechen, wird sowohl von der Presse des Nationalen Bloks, als auch von der linken Presse insofern große Bedeutung beigelegt, als darin eine Annäherung des Ministerpräsidenten an den Nationalen Bloks erblitt wird, und zwar gibt man zu, daß noch eine zweite große Schlacht von Poincaré dadurch gewonnen werden müsse, daß er die unzulässigen Gegenstände gegen seine Steuerläufe abschlagen müsse. Aber immerhin ist es von Bedeutung, daß das führende Organ des Nationalbloks, das „Devoir“, erklärt: Poincaré hat sich seine große Nähe neben, seine neuen Steuern zu rechtfertigen. Er hat der Mehrheit der Kammer gegenüber die formale Verpflichtung übernommen, sie wiederwählen zu lassen. Das war der Inhalt und das Wesentliche seiner gestern Rede.

Figaro schreibt: Poincaré hat heute seine nationale, republikanische und handelnde Mehrheit. Die Kammer hat mit einem Beschluß vertrauensvoller Erziehung dem Patriotismus zugehört, der von der Zukunft Frankreichs sprach, das stark ist durch seine Allianzen, die niemals ein Vakuum sein sollen. Die Mehrheit schwankte nicht mehr, sie applaudierte. Wir werden das Anrecht behalten, und trotzdem wird unser Franken wieder steigen.

Die Trauerfeierlichkeiten für Lenin

Moskau, 27. Jan. Am Sonntag nachmittag um 3 Uhr, zur Zeit der Bekämpfung Lenins, wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion Gedenkreise abgehalten. Alle Fabriken und Betriebe schalteten mit ihren Sirenen, die Eisenbahn sand fünf Minuten still, der Telegraph und die Radiostationen unterbrachen ihre Arbeit für fünf Minuten und gaben überdies die Worte wieder: Lenin ist tot, aber sein Werk wird er in jedem das brasilische Teufelsofen spielte den Trauermarsch.

Die Zahl derer, die am Sarge vorbeigehen, betrug über eine Million. Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Planau hatte im Namen der bei der Sowjetregierung beglaubigten Regierungen einen Kranz niedergelegt.

Eine umfangreiche, von Professor Abrilkoff unterzeichnete Denkschrift über die Etablierung der Leiche Lenins hat die Wichtigkeit der Diagnose und der Behandlung betätigt. Der Ausgangspunkt der Krankheit ist eine ausgehende Arteriosklerose der Gefäße infolge ihrer vorzeitigen Abnutzung. Semakoff erklärt in den „Berichten“ den Verlauf der Krankheit und die Ergebnisse der Etablierung und schreibt: Die Feststellung des wahren Charakters der Stenose, als einer Stenose der abgehängten Gefäße, macht Schluß mit allen unbegründeten Gerüchten, die im In- und Auslande über den Charakter der Erkrankung ährten. (B.T.B.)

Das Exekutivkomitee gegen Trotski.

London, 27. Januar. Aus Moskau wird gemeldet: Nach einer stürmischen Sitzung, die über zwei Stunden lang währte, und in der Vreadnikoff Kameneff überlegte, beschloß das Exekutiv-Komitee, Trotski nicht verhaften zu lassen, sondern ihn dadurch in seiner Bewegungsfreiheit einzuschränken, daß ihm nicht gestattet wird, die Eisenbahn zu benutzen. Er soll gezwungen werden, in einer kleinen Stadt Südrusslands zu leben. Die Gegner Trotskis haben außerordentlich energisch die sofortige Verhaftung gefordert, doch es wurde ihnen von verschiedenen Mitgliedern der Sowjetregierung, einschließlich Kameneff, Kornejew, daß eine Verhaftung Trotskis wahrscheinlich zu schweren Unruhen unter den Truppen führen würde, da Trotski dort zahlreiche Anhänger besitzt. Trotski wird in Anstalt unter lokalem Namen offenen Arrest haben, d. h. er wird ständig von Agenten der Tscheka bewacht sein.

Die Trauerfeier der Berliner Kommunisten für Lenin.

Die Parole der K. P. D.: Kampfkampf auf Tod und Leben.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 27. Januar. Aus Anlaß des Todes Lenins hatte der Berliner sozialdemokratische Parteipräsident Richter den Kommunisten es gestattet, Trauerfeiern am Sonntag abzuhalten. Die Hauptfeier fand im großen Schauspielhaus statt, der außer sämtlichen Mitglieder der kommunistischen Reichs- und Landesfraktion auch die Berliner Mitglieder der Sowjetregierung beiwohnten. Sogar das Philharmonische Orchester hatte sich unter Leitung seines Dirigenten Hans Fittingh bei den Moskowitzern zur Verfügung gestellt. Ein Mitglied der kommunistischen Fraktion des preussischen Landtags erklärte dann in seiner Rede, die die erste öffentliche nach dem Verbot der kommunistischen Partei durch den General von Seeckt darstellte, daß es ein verhängnisvoller Irrtum sei, wenn man in Deutschland glaube, daß die K. P. D. an dem Verbot des Generals von Seeckt gestorben sei. Man werde sich bald davon überzeugen, daß es ein verhängnisvoller Irrtum gewesen sei. Die Parole der K. P. D. sei nach wie vor: kein Aufbruch mit dem Bierern, sondern Kampfkampf auf Tod und Leben! In den deutschen Kommunisten lebe der Geist Lenins weiter und es werde alles getan werden, um die Ziele des großen Führers auch in Deutschland zu verwirklichen.

Die Feier verlief ohne Zwischenfälle. Vor dem Großen Schauspielhaus aber hatten sich Massen mehr tausendlicher Personen versammelt, die in die Halle: Nieder mit der Zshupol, Nieder mit dem Kapitalismus! ausbrachen. Dem wiederholten Aufforderungen der Polizei, die Straße freizumachen, leisteten die Demonstranten keine Folge. Die Lage wurde kritisch, so daß die Polizei zur Säuberung der Straße schreiten mußte. Sie war schließlich notwendig, die Menge unter Anwendung von Gummiknüppeln und mit anschließendem Seltengewehr auseinanderzutreiben. Drei Personen, die Beamte angegriffen hatten, wurden zur Wache gebracht. (B.T.B.)

Freisprechung des Abgeordneten van den Kerckhoff.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 27. Jan. In dem Gewerkschaftsuntersuchungsprozeß gegen den Reichstagsabgeordneten van den Kerckhoff hat die Strafkammer des Reichsgerichts am 26. Januar eine Freisprechung der seinerzeitigen Verurteilung zu einer Verurteilung der Reichstagsabgeordneten van den Kerckhoff, der die Freisprechung des Abgeordneten Kerckhoff, der das Verbrechen selbst gegen sich beantraut hatte.

Taspar und Benesch in Paris.

Wahrscheinungen über die allgemeine wirtschaftliche Lage. Paris, 27. Jan. Ministerpräsident Poincaré verhandelte heute nachmittag von 3 bis 5 Uhr mit dem belgischen Außenminister Taspar, der mittags in Paris angekommen ist. Heute abend findet bei Poincaré ein Essen statt, an dem sowohl Taspar als auch der tschecho-slowakische Außenminister Benesch teilnehmen werden. Die ohne vorherige Ankündigung erfolgte Reise Taspars nach Paris hat, wie der Korrespondent des „Temps“ berichtet, in Brüssel lebhaftes Aufmerktsamkeit erregt. Von allgemein gut unterrichteter Seite erzählt man, Poincaré und Taspar würden über die Verwaltungsverhältnisse, die das Ruhrgebiet betreffen, sprechen, namentlich über den Export der Plünder. Im Anschluß daran würden auch andere Einzelfragen geprüft werden. Es sei anzunehmen, daß Taspar mit Poincaré auch über die allgemeine diplomatische Lage sprechen wird. Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Journal des Débats“ meldet, erklärt man in politischen Kreisen, die Unterredung mit Poincaré habe sich auch auf die Arbeit der Sachverständigenausschüsse erstreckt. Taspar habe Poincaré einige Ausführungen über die technischen Studien der belgischen Delegation gegeben.

Unsere Ausgabe zeigt diese Woche:

K. W. Hiersemann's Verlag

Buchgeschichte, Kunst-Gewerbe und -Geschichte, Literatur, Geographie, Americana, Orientalia etc.

Akadem. Buchhandlung A. Dressel

Bismarckplatz 14 Fernruf 43532

An- und Verkauf wertvoller Bücher und ganzer Bibliotheken.

Der neue demokratische Parteivorstand.

Demokratische Beiträge zur Justizreform.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 27. Januar. In einer Sitzung des Parteivorstandes der Demokratischen Partei, die am Sonntag im Reichstag stattfand, wurde an Stelle des zum Samstag verstorbenen Vorsitzenden Dr. Petersen Dr. Koch zum Parteivorstand gewählt. Die demokratische Reichstagsfraktion hat am Sonntag beschlossen, zur Justizreform einen Westentwurf zu verlangen, wonach die Strafklagen nicht wie vorgesehn von drei Richtern und zwei Schöffen beehrt werden sollen, sondern von zwei Richtern einschließlich des Vorsitzenden und zwei Schöffen.